

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Mehr Wettbewerb und mehr Klimaschutz

Der von der Stadtverwaltung bezogene Strom schädigt überdurchschnittlich das Klima, kritisieren die Grünen und beantragen für die nächste Sitzung des Umweltausschusses das Thema "Klimafreundliche Ausschreibung von Stromlieferverträgen" zu beraten.

Alle zwei Jahre schreibt die Verwaltung ihren Strombedarf europaweit aus. Die Ausschreibung führt dennoch nicht zu mehr Wettbewerb. "Alleiniger Bieter war bisher immer die ELE als Tochter des Energieoligopols RWE", bemängelt Grünen-Sprecher Bernd Lehmann. Für knapp 690.000 Euro hatte die ELE im Jahr 2005 den Zuschlag für die Stromversorgung der städtischen Liegenschaften erhalten. Eine Anfrage der Grünen ergab, dass der ELE Strom zu überdurchschnittlichen Anteilen, nämlich zu zwei Dritteln, aus fossilen Energieträgern erzeugt wird. Die Umweltbilanz sieht dementsprechend miserabel aus. 708 g des klimaschädlichen CO² entstehen pro Kilowattstunde. Das ist fast anderthalb mal so viel wie der Bundesdurchschnitt, der bei 514 g CO²/kWh liegt.

"Mich hat die Firmenpolitik des Klimakillers RWE im letzten Jahr bewogen 'Stromrebell' zu werden", erzählt Lehmann. Er wechselte, wie zuvor bereits u.a. der grüne Schatzmeister Georg Laacks und die Grüne Fraktion zu den Elektrizitätswerken Schönau (EWS). Die EWS bieten reinen Ökostrom an, womit der CO²-Ausstoß je Kilowattstunde bei 53 g liegt, also lediglich 7 Prozent des ELE-Ausstoßes.

"Wir hatten den Bürgermeister gefragt, mit welchen Kosten



Foto: Der ELE-Strom der Stadtverwaltung erzeugt überdurchschnittlich viel CO².

Der Umstieg auf RWE-unabhängigen Ökostrom ist einfach:

Anbieter	monatl. Grundpreis	Preis je kWh
bisheriger ELE-Strom plus	6,08 Euro	18,37 ct
Lichtblick	7,80 Euro	18,98 ct
Elektrizitätswerke Schönau	5,90 Euro	19,90 ct (inkl. 0,5 ct für „Rebellenkraftwerke“)
Greenpeace Energy	9,50 Euro	19,90 ct
Naturstrom	7,95 Euro	19,25 ct (inkl. 1 ct für neue Anlagen)

die Erhöhung des Ökostromanteils bei der Belieferung der Stadtverwaltung verbunden wäre", so der Grünen-Politiker. Wollte man den Anteil von derzeit 11 auf zukünftig 25 Prozent mehr als verdoppeln, würde dies zwei Prozent Mehrkosten verursachen.

"Über die Stromkosten muss ohnehin noch mal beraten werden", bezieht sich Lehmann auf die heftigen Diskussionen im Haupt- und Finanzausschuss gegen Ende des letzten Jahres. Damals war eine außerplanmäßige Ausgabe erforderlich, weil die ELE-Stromkosten um über 15 Prozent gestiegen waren. Ein weiterer Grund für die Grünen, sich aus den Fesseln des Strommonopolisten zu befreien und lieber mit einem „Stromrebell“ wie den Ökostromern aus Schönau zu arbeiten. "Die neue Ausschreibung des Stromliefervertrages muss zwei Ziele haben: mehr Wettbewerb und mehr Klimaschutz", geben sie daher als Marschrichtung für die Beratungen im Ausschuss vor. Dabei dürfe keine Rolle spielen, dass die Stadt Gesellschafter der ELE bzw. Aktionär der RWE sei und Vertreter des Rates bzw. der Verwaltung in den jeweiligen Aufsichtsgremien saßen.

→ [Mehr Infos im Netz](#)

→ [Atomausstieg selber machen](#)

Gladbeck bleibt „Tal der Ahnungslosen“ in Sachen Klimaschutz

„Während sich EU und Bund bei der Formulierung ehrgeiziger Klimaziele gegenseitig übertreffen, verharren Gladbecks Bürgermeister und Ratsmehrheit im Tal der Ahnungslosen!“ nimmt Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen, kopfschüttelnd zur Kenntnis.

Ursache des Ärgers sind gleich zwei aktuelle klimaschädliche Entscheidungen, die Gladbeck direkt betreffen: Die „erfolgreiche“ Verhinderung der neuen Windenergieanlage in Ellinghorst und der Beschluss, das Wasserschloss Wittringen mit einer fossilen Ölheizung auszustatten.

„Die Bundeskanzlerin versucht gegenüber den EU-Regierungschefs einen 20%-Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 durchzusetzen. In Gladbeck hingegen wird dem einzigen örtlichen Windkraftbetreiber mit Verfahrenstricks der Garaus gemacht. Das wird den Bürgermeister vermutlich nicht hindern, in Sonntagsreden weiterhin mehr Klimaschutz zu fordern!“, so Herrmann. „Wir hoffen, dass Herr Schulze-Langenhorst gegen eine solche unehrliche Politik erfolgreich den Rechtsweg beschreiten kann!“

Auch bei der Entscheidung für eine neue Heizungsanlage im Wasserschloss Wittringen spielten Klimaschutzaspekte für Verwaltung und Ratsmehrheit keine Rolle. Obwohl in der nahe gelegenen Stadtgärtnerei demnächst eine Holzhackschnitzelheizung betrieben und entsprechende Lagermöglichkeiten geschaffen werden,



Chance verpasst – statt für Zukunftsenergien entschied sich die Ratsmehrheit für Öl.

Weitere Informationen zu diesem Thema:

- Prüfung der alternativen Heizsysteme (Vorlage der Verwaltung)
- zur Seite des Programms BioRegio
- Vortrag zum Biomasse-Potenzial im Umweltausschuss (2 MB)
- Umweltausschussbeschluss für Heizungserneuerungen
- Energiebericht der Stadt Gladbeck 2004 (2 MB)
- Greenplease-Special „Energie“ mit Gladbecker Energiewende
- Anfrage zur Heizung Schloss Wittringen aus 2004
- Glückloser „Kampf gegen Windmühlen“ (vom 1.06.2006)
- Leitlinien unserer Kommunalpolitik: Themenfeld Energie

wollte man eine solche Heizungsart im Schloss nicht einbauen. Ratsherr Franz Wegener: „Alle vorgeschobenen technisch-organisatorischen Argumente wären mit ein wenig gutem Willen lösbar gewesen. Dennoch blieb ich im zuständigen Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschuss mit meinem Wunsch nach einer klimafreundlichen Holzheizung allein!“

Besonders ärgerlich für den Grünen: „Tags zuvor wurde ich im Kreis-Wirtschaftsausschuss noch über die hohe Bedeutung dieser Heizungsart für die regionale Wirtschaft aufgeklärt. Es ist ein erklärtes Ziel der Energieregion Emscher-Lippe sich europaweit als Kompetenzzentrum für Zukunftsenergien zu profilieren. Der Fokus liegt hierbei auf der Nutzung von Biomasse. Emscher-Lippe ist eine von sechs Modellregionen in Deutschland, in denen im Rahmen des BMU-Forschungsprojekts BioRegio neue Anwendungen auf den Weg gebracht werden. Als nachwachsender Rohstoff ist Biomasse regional langfristig verfügbar, lagerfähig und effizient nutzbar. Vielleicht sollten die Emscher-Lippe-Wirtschaftsförderer der Gladbecker Ratsmehrheit mal ein paar Nachhilfestunden zukommen lassen!“

Klimawandel belastet kommunalen Haushalt

Extreme Wetterlagen wie jüngst der Orkan Kyrill führen bereits heute zu Kosten auch bei der Stadt Gladbeck.

Aufgrund des Klimawandels müssen sich die Menschen immer häufiger auf extreme Wetterlagen wie jüngst den Orkan Kyrill oder zuvor schon „Jahrhundertniederschläge“ einstellen. Das geht u.a. aus einer Studie des Umweltbundesamtes hervor.

Die Schäden dieser extremen Wetterlagen wirken sich längst auch auf das kommunale Stadtsäckel von Gladbeck aus. So hat der Orkan Kyrill in der Nacht vom 18. Januar Kosten

in Höhe von über 400.000 Euro verursacht. Auf Antrag der Grünen befasste sich der Haupt- und Finanzausschuss am 5. Februar mit den Auswirkungen der Orkan-Nacht.

Gut 360 Bäume fielen dem Orkan in Gladbeck zum Opfer, etwa 40 entlang der Schultenstraße. In der Rentforter Straße wurden zwei Linden entwurzelt und fielen auf das Dach der benachbarten Tankstelle. Zwei weitere mussten durch eine Firma gefällt werden.



Der Einsatz und die Aufräumarbeiten kosten den Zentralen Betriebshof (ZBG) rund 147.000 Euro.

82 Straßenbäume und 25 Parkbäume sollen neu gepflanzt werden und den Schäden des Orkans Kyrill damit zumindest zum Teil wieder ersetzen.

→ [Antrag der Grünen im HFA](#)

Umgestürzte Bäume richteten wie hier auf dem Foto auch in Gladbeck Schäden an (Foto: PixelQuelle.de)

ZBG soll Abfallcontainer aufstellen

Laut WAZ-Bericht "Teure Müllberge" vom 15. Februar 2007 haben sich mehrere Anwohnerinnen und Anwohner über die Müllreste beschwert, die eine Gruppe Sinti und Roma alle paar Wochen auf dem Festplatzgelände zurücklässt.

Regelmäßig liest man über Vandalismus und Schäden auf öffentlichen Grundstücken der Stadt Gladbeck: man denke nur an den mit öffentlichen Subventionen errichteten Bürgerpark Butendorf und die Warthäuschen der Vestischen. Die Stadt Gladbeck investiert viel Geld in die Pflege der städtischen Grünflächen und Parkanlagen, mit denen nicht immer glimpflich umgegangen wird, und trotz Sparzwang wurden sogar mehrere Stellen für Ordnungskräfte eingerichtet, die gegen die Vermüllung öffentlicher Räume vorgehen sollen. Auch die kostenintensive Müllbeseitigung nach diversen Straßenfesten wie Schinkenmarkt, Fußballweltmeisterschaft und Karneval, bei denen die "Schmutzfinke" in der Regel nicht ihre Visitenkarte hinterlassen, sollte nicht unerwähnt

bleiben.

"Vor diesem Hintergrund erscheint die Aufregung, die sich um die Müllsäcke auf dem Festplatz rankt, geradezu wie ein Sturm im Wasserglas", meint Eva-Maria Stuckel,



Stadtverbandssprecherin E.-M. Stuckel

Stadtverbandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. "Eine beträchtliche Anzahl von Menschen zahlt keine Steuern, jedoch profitieren alle mehr oder weniger - und zwar mit Recht - von den Dienstleistungen, die die öffentliche Hand zur Verfügung stellt." Zurecht

bemerkt Thomas Wedke vom Ordnungsamt der Stadt Gladbeck, dass die Bevölkerung in der Regel sehr abweisend den Sinti und Roma gegenüber steht und sie deshalb häufig den Wohnort wechseln.

Bei weitem nicht alle Sinti und Roma ziehen von Stadt zu Stadt, die meisten von ihnen sind sesshaft und führen ein "normales Leben". Der traditionelle Ortswechsel geht ähnlich der Geschichte des Judentums auf permanente Vertreibungen und Pogrome in der Vergangenheit zurück. Die kleine Gruppe der Sinti und Roma, die keinen festen Wohnsitz hat und ein paar Tage im Jahr auf dem Festplatz campiert, wird weder die Welt des Zentralen Betriebshofes noch die der Einwohnerschaft aus den Angeln heben.

"Wir schlagen deshalb vor, permanente Abfallcontainer auf dem Festplatz aufzustellen", so Eva-Maria Stuckel. "So teuer wie viele andere Dienstleistungen und Wohnumfeldverbesserungen, die die Stadt Gladbeck unentgeltlich leistet, wird dieses sicherlich nicht sein."

Kein Giftmüll

22.000 t hochgiftiger, hexachlorbenzolhaltiger Müll soll per Schiff von Australien nach Deutschland transportiert werden. 5.000 t sollen in der Sondermüllverbrennungsanlage der AGR im RZR Hertzen verfeuert werden. HCB gehört zu den gefährlichsten organischen Giftstoffen und ist seit 2001 aufgrund der Stockholmer Konvention international verboten.

Grüne drucken Info-Zeitung zum Giftmüll-Geschäft

Bündnis 90/Die Grünen Gladbeck bieten für interessierte Bürgerinnen und Bürger einen Musterbrief an, mit dem sie gegen den Giftmülltransport aus Australien protestieren können. Die Briefe richten sich an den zuständigen nordrhein-westfälischen Umweltminister Uhlenberg, der aufgefordert werden soll, die Verbrennung des Importmülls nicht zu genehmigen. "Derzeit laufen Genehmigungsverfahren in Australien und es sieht beinahe so aus, als ob sich auch dort die Behörden nicht eins sind, ob der Giftmüll überhaupt nach Deutschland exportiert werden darf", so Bernd Lehmann, Stadtverbands- und Kreisvorstandssprecher.

"Wir sehen gute Chancen, den Transport noch zu verhindern", ergänzt Eva-Maria Stuckel, Stadtverbandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Gladbeck. "Es kommt jetzt darauf an, den Druck der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik und den zuständigen Minister Uhlenberg weiter zu erhöhen." Jede Stimme und jeder Brief sind also wichtig, die Landesregierung an ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung in einer dicht besiedelten, von Industrieabfällen und ihrer Beseitigung stark geprägten Region zu erinnern. Diese sollte neben der ohnehin schon hohen industriellen Emissionsrate nicht weiteren Risiken ausgesetzt werden.

→ [Giftmüll-Zeitung laden, 1 MB](#)

Halbmarathon ist eine gute Obergrenze

Bewegung ist gesund, da sind sich viele einig. Wieviel davon ist gut und wann beginnt "Zuviel des Guten"?

"Es gibt auch andere lohnenswerte Ziele", so der Gladbecker Internist und Sportmediziner Dr. Andreas Schulte-Terhusen in der WAZ vom 21.02. und rät oft: "Auch ein Halbmarathon ist ein lohnenswertes Ziel".

Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen, denn auch z. B. nach Auskunft von Evolutionsforschern hat die Entwicklung zum "modernen" Menschen ca. 5 Mio. Jahre in Anspruch genommen und es entstand dann vor etwa 1,5 Mio. Jahren der „aufrechte Gang“. Seit Zehntausenden von Jahren ist das Erscheinungsbild des

Menschen körperlich unverändert. Und: die Menschheit lebte bislang zu 99% in der bisherigen evolutionären Entwicklung als Jäger und Sammler und die Menschen legten dabei langsam laufend oder schnell gehend zwischen 10 und 25 km am Stück zurück, was das Bewegungsverhalten und den Körperbau prägte. Dafür ist der menschliche Körper dann in der Regel auch ausgelegt und ist in diesem Rahmen auch heute noch geschaffen für das Laufen und Gehen in dieser Größenordnung.

"Für mich steht schon lange fest, dass ich höchstens Halbmarathon laufe", so Georg Laacks, Mitglied der GRÜNEN im Sportausschuss und schon

länger für den Ruhrmarathon 2007 gemeldet. "Eine Ausnahme war der Ruhrmarathon 2005, der durch Gladbeck nur als 42,195 km - Strecke möglich war", so der GRÜNE Hobbytriathlet. Da in diesem Jahr auch der Halbmarathon vom Startpunkt Oberhausen zum Ziel Gelsenkirchen-Buer über Gladbeck führt, wollen er und andere GRÜNE MitläuferInnen in diesem Jahr wieder die tolle Atmosphäre bei diesem Lauf durch Gladbeck genießen.



+++ Informationen der Stadtverwaltung +++ Informationen der Stadtverwaltung +++

Neuaufgabe des Wegweisers Umweltschutz



...gibt auch Auskunft zur Solar-Förderung!

„Wer macht Was im Umweltschutz?“ „An wen wende ich mich bei Umweltproblemen?“ Diesen und vielen anderen Fragen geht der jetzt komplett überarbeitete „Wegweiser Umweltschutz“ der Stadt Gladbeck nach.

Offene Fragen wie: „Darf ich

eigentlich meine Gartenabfälle verbrennen?“, „Welche Umwelt- und Naturschutzverbände gibt es in Gladbeck?“ oder „Werden Solarkollektoren auf meinem Hausdach gefördert?“ gehören damit der Vergangenheit an. Alle Antworten findet man im „Wegweiser Umweltschutz“.

Die Broschüre wurde vom Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21 in Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Stadt Gladbeck komplett neu gestaltet und ergänzt, dies insbesondere in Hinblick auf neue Anschriften und Zuständigkeiten von Umweltbehörden. Er greift

neue Fragen auf und nennt aktuelle Zuständigkeiten und Ansprechpartner zu zahlreichen Themen. Auch allgemeine Fragen, wie zum Beispiel zur Gesundheitsvorsorge, Natur- und Landschaftspflege sowie zu umfangreichen Informationsmaterialien werden aufgegriffen. So kann sich jeder auf 42 Seiten mit Hilfe des umfassenden Stichwortverzeichnisses zu Themen von A wie „Abfallbeseitigung“ bis Z wie „Zweifelsfragen“ informieren.

Die Broschüre gibt es kostenlos in der Gladbeck Information, Zimmer 19, und beim Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21 im Alten Rathaus, Zimmer 111.

Stadt bietet Freiwilliges ökologisches Jahr

Fünf umwelt- und naturschutzinteressierte Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 27 Jahren haben auch im Jahr 2007 die Möglichkeit, bei der Stadt Gladbeck ein „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ (FÖJ) abzuleisten.

„Es ist ein Orientierungs- und Bildungsjahr und richtet sich an Absolventinnen und Absolventen aller Schulformen, die sich für Ökologie und Naturschutz interessieren. Der Einsatz erfolgt in den verschiedenen Fachämtern, im Umweltreferat und beim Zentralen Betriebshof (ZBG) in der Grünflächenunterhaltung. Dabei werden fundierte Kenntnisse und umfangreiche Praxis in den Bereichen Pflanzen-, Wald-, Garten-, Landschafts- und Tierpflege vermittelt. Nicht selten entwickelt sich aus der Teilnahme am FÖJ auch der Wunsch, den zukünftigen Beruf in diesem Bereich zu wählen.“

Bewerbung bis zum 4. Mai

Das FÖJ beginnt am 1. August 2007 und endet somit am 31. Juli 2008. Bewerbungen müssen bis zum 4. Mai 2007 eingegangen sein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten ein Taschengeld und sind über die Stadt Gladbeck sozial-, kranken- und unfallversichert. Zudem erhalten sie ihren „Öko-Ausweis“, der sie berechtigt, übliche Ermäßigungen in Anspruch zu nehmen. Das FÖJ wird vielfach als Praktikum und auch als Wartezeit auf einen Studienplatz angerechnet.

Fragen und Bewerbungen zum „Freiwilligen Ökologischen Jahr“ nimmt die Städtische Jugendberufshilfe im Amt für Familie, Jugend und Soziales, Wilhelmstr. 8, entgegen. (Telefon: 992123, 992544 und 992431)

Grüne Anfrage: Maßnahmen gegen Kindesgefährdung

„Die Gefährdung von Kleinkindern durch äußere Einflüsse oder im eigenen Elternhaus ist ein akutes Thema. Die Gladbecker Tageseinrichtungen für Kinder haben daher ihre Verantwortung bei Kindeswohlgefährdung immer gesehen und wahrgenommen.“ Dies erklärt Bürgermeister Ulrich Roland jetzt in seiner Antwort auf eine Anfrage der Grünen zu einer Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Danach sind die Städte nun verpflichtet, konkrete Vereinbarungen mit den Kindergärten vertraglich festzuhalten.

Es bestehe bereits eine vertrauensvolle Kooperation zwischen den Gladbecker Beratungsstellen. Zudem arbeite die Jugendhilfe nun intensiv an der Umsetzung und Ausgestaltung der vertraglichen Vereinbarungen mit den Kindergärten. Unterstützung erhalte sie dabei von einer Arbeitsgruppe des Landesjugendamtes. Mit konkreten Ergebnissen sei nach den Sommerferien zu rechnen.

Zusätzlich zu den Vereinbarungen werde es auch wie bisher



Gladbecker Kinder müssen optimalen Schutz erfahren (Foto: PixelQuelle.de)

von der Jugendhilfe organisierte Fortbildungen geben, um die Erzieher/innen gegenüber der Kindesgefährdung zu sensibilisieren. Auch der Zugang zur Beratungsstelle der Caritas und den sozialen Diensten des Amtes für Familie, Jugend und Soziales, werden konkret schriftlich festgehalten.

Eine weitere Maßnahme sei der schrittweise Ausbau von Tageseinrichtungen zu Familienzentren. In Gladbeck sind

bereits zwei solcher Familienzentren entstanden, 12 Einrichtungen dieser Art sind bis 2012 geplant. So werde erreicht, dass mehr familienergänzende und -unterstützende Angebote vorhanden sind. Auf diesen Wegen könne die Gefährdung von Kleinkindern auf ein Minimum reduziert werden.

→ [Grüne Anfrage „Schutzaufrag bei Kindeswohlgefährdung“](#)

kurz & bündig

NordWestBahn

Ende des letzten Jahres hatte sich Mario Herrmann, grünes Mitglied der Verbandsversammlung, an den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) gewandt und mehr Kapazitäten auf der von dem NordWestBahn übernommenen RE 14 (Borken — Gladbeck — Essen) gefordert. In seiner Antwort verweist der VRR auf die knapper werdenden Mittel.

→ [Antwortschreiben des VRR](#)

Neuer Fahrplan

Am 15. Januar wurde der Fahrplan für die Gladbecker Buslinien umgestellt und mehrere Linien von einem 20- auf einen 30-Minuten-Takt reduziert. Aufgrund der berechtigten Proteste der Fahrgäste wandte sich Bernd Lehmann, Mitglied des Aufsichtsrates der Vestischen Straßenbahnen GmbH, mit einem Fragenkatalog an das Busunternehmen und wollte u.a. wissen, wie die Abstimmung mit den betroffenen Schulen erfolgt sei. In ihrer Antwort verweist die Vestische auf bereits vorgenommene Nachbesserungen.

→ [Antwort der Vestischen](#)



Bestehendes SPNV-Angebot inkl. der geforderten Hamm-Osterfeld-Bahn (hier grün).

Grüne lehnen VRR-Szenario ab

Angesichts der geplanten Kürzungen im Schienenverkehr hat der Kreisvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN des Kreisverbandes Recklinghausen am 9. März folgenden Beschluss gefasst:

„Der Vorstand des Kreisverbandes von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Kreis Recklinghausen lehnt das bekannt gewordene Kürzungsszenario des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR) ab und fordert die grünen Verbandsmitglieder auf, sich für ein angemessenes Schienenverkehrsangebot für den Kreis Recklinghausen einzusetzen.“

Es sei nicht hinnehmbar, begründen die Grünen ihren Beschluss, dass mit dem Kreis Recklinghausen insbesondere das nördliche Ruhrgebiet den Großteil der Kürzungen schultern soll. Insgesamt knapp 620.000 Zugkilometer (Zkm) von rd. 1.600.000 Zkm, die gestrichen werden sollen, betreffen unmittelbar das Verkehrsangebot des Kreises Recklinghausen (über ein Drittel des Kürzungsvolumens). „Unsere stark von Strukturwandel und Arbeitslosigkeit betroffene Region benötigt aber insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Kohlebeschlüsse vielmehr Investitionen in unsere Infrastruktur,

anstatt weiterer Einschnitte“, fordern die Grünen. Selbst die Agentur für Arbeit, vertreten u. a. durch die stellv. Leiterin der Marler Agentur, Frau Christine Reiker, mache zwischenzeitlich deutlich, dass die hohe Arbeitslosigkeit (z.B. in der Stadt Marl) auch mit den schlechten Verkehrsverbindungen der Stadt zusammenhänge. In einem Bericht der Marler Zeitung vom 01.03.2007 heißt es: „Es sei oft kein Problem Marler Bewerber in die großen Ruhrgebiets Metropolen zu vermitteln. Dass daraus nichts werde, läge oft an den dürftigen Verkehrsverbindungen“.

„Streckenstilllegungen, wie die geplante Streichung der RB45 (Dorsten - Coesfeld) oder des West-Astes der RB43 (Dorsten - Wanne-Eickel - Dortmund), halten wir alles andere als geeignet, um den Strukturwandel in unserer Region weiter positiv zu befördern“, macht der Kreisvorstand daher deutlich. Die Grünen weisen zudem darauf hin, dass die Schienenstrecken der RB 45 sowie des RE 14 gerade in weiten Teilen und mit großem (finanziellen) Aufwand modernisiert und Kreuzungsstellen

automatisiert wurden. Es werde in der Bevölkerung schwer zu vermitteln sein, warum erst Gelder in die Sanierung von Schienenwegen gesteckt werden, wenn diese im unmittelbaren nächsten Schritt aufgegeben werden. Für die RB43 wurde außerdem noch vor wenigen Jahren eine langfristige Bestellgarantie für die angefahrenen Stationen ausgesprochen. Dies vor dem Hintergrund, dass man die Strecken aufwerten und die Bahnhöfe modernisieren wollte.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadiskussionen appelliert der Kreisverbandsvorstand schlussendlich an die Verbandsmitglieder, nicht ausschließlich den Versuch einer Kompensation der wegbrechenden Finanzmittel durch Kürzungen vorzunehmen, sondern parallel sich auch um eine Verbesserung der Schienenverkehrsangebote einzusetzen. Grüne Zielplanung im Kreis Recklinghausen ist beispielsweise die Reaktivierung der Hamm-Osterfeld-Bahn für den Personenverkehr und deren Einbindung in das RRR-Konzept (Rhein-Ruhr-Express).

RE 14: Dorsten – Borken

Ausdünnung auf einen 2Std.-Takt am Wochenende auf dem Nordast

Einsparung: 16.000 Zugkilometer (Zkm)

RB 42: Essen – Haltern – Münster

Streichung des Hauptverkehrszuges zw. Haltern und Münster

Reduzierung auf der Strecke Essen — Recklinghausen

Einsparung: 109.200 Zkm

RB 43: Dorsten – Wanne-Eickel – Dortmund

Stilllegung des Westastes zwischen Dorsten und Wanne-Eickel

Einsparung: 263.100 Zkm

RB 44: Dorsten – Bottrop – Oberhausen

Streichung der Verstärker zw. Bottrop und Oberhausen (Reduzierung vom Halbstunden- auf den Stundentakt)

Einsparung: 87.600 Zkm

RB 45: Dorsten – Coesfeld

Stilllegung der Strecke

Einsparung: 143.400 Zkm

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de



Greenplease-Archiv

In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ [zum Archiv](#)

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Bürgermeister bestätigt „grüne“ Einsparung

Schon in den Haushaltsberatungen Ende 2005 haben die Grünen den Vorschlag eingebracht, zur Konsolidierung des Haushaltes den städtischen Gutachterausschuss mit Marl und Dorsten zusammenzulegen. In einer Antwort auf eine Anfrage der grünen Ratsfraktion erläutert Bürgermeister Roland die bisher erfolgten Einsparungen durch den neuen gemeinsamen Gutachterausschuss.

Im Januar stellten Bündnis 90/ Die Grünen eine Anfrage an den Bürgermeister mit dem Schwerpunkt Personalentwicklung und Interkommunale Zusammenarbeit. Wir wollten erfahren, welche Auswirkungen die Verlegung der Wohnungsbauförderung in die Kreisverwaltung sowie die Zusammenarbeit beim Gutachterausschuss mit Dorsten und Marl auf den städtischen Haushalt hat.

"Durch die inzwischen erfolgte Einsparung von 2 Planstellen in der Vermessungsabteilung konnten die bisherigen Personal- und Sachkosten für einen eigenen Gutachterausschuss von rund 200.000 Euro schon um rund 160.000 Euro reduziert werden", schreibt Bürgermeister Ulrich Roland in seiner Antwort. In Gladbeck ist der Gutachterausschuss der Vermessungsabteilung des Ingenieuramtes zugeordnet. Der Bürgermeister ergänzt weiter: "Damit rechnet sich bereits der Beitritt zum gemeinsamen Gutachterausschuss, weil der Kostenbeitrag an die Stadt Dorsten (Geschäftsstelle) von 93.000 Euro und die noch verbleibenden eigenen Personal- und Sachkosten von rund 40.000 Euro mit zusammen 133.000 Euro schon unter den bisherigen Kosten von 200.000 Euro liegen." Die Grünen sehen in der interkommunalen Zusammenarbeit

weitere Möglichkeiten, um Personal- und Sachkosten zu sparen und damit den städtischen Haushalt zu entlasten. Ausschlaggebend dabei sei jedoch, dass nicht direkt Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger davon betroffen seien - das gelte vor allen Dingen für den Sozialbereich und Gesundheitsdienstleistungen. "Bei allgemeinen Verwaltungstätigkeiten ohne Publikumsverkehr gibt es genügend Potential für Einsparungen", meint Bernd Lehmann, Ratsherr von Bündnis 90/Die Grünen. "Hier sind noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, zum Beispiel bei der Straßenreinigung oder dem Beschaffungswesen, wo man in Zusammenarbeit mit anderen Städten auch Rabatte aushandeln kann."

Der Bürgermeister hat zugesichert, weiterhin für interkommunale Zusammenarbeit zu

werden - auch bei den Beschäftigten -, wenn der Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht unvertretbar darunter leidet. Bei zwei Arbeitskreisen auf Kreisebene habe die Stadt Gladbeck sogar die Federführung übernommen.

→ [weitere Infos im Netz](#)